

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch unsere Ausdräger monatlich in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie andere Ausdräger und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Infektionspreis 1 M. für die gefüllte Karyopille oder deren Name, Restamen, die 2-fache Karyopille 2.50 M. Bei Wiederholung und Zitterausfall erfordern die Karyopillen, Zahnentzündungen im emittierten Teil nur von 2 bis 3 M. die gefüllte Karyopille 3 M. Nachforschungs-Gebühr 50 Pf. Ausgabekosten bei vorzeitiger Abgabe 10 Pf. Für die Rückgabe der durch Versand übermittelten Karyopillen übernimmt der Besteller keine Haftung. Jeder Anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 207.

Sonntag den 4. September 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zur Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hat der Reichskanzler im Überwachungsaußenrat des Reichstages eine Rede gehalten.

* Zentrum, Demokraten und Volkspartei beantragten gemeinsam, daß die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern auf dem Verhandlungswege zwischen Berlin und München geregelt werden soll.

* Das Verbot des Berliner Lokal-Anzeigers und des Tag ist aufgehoben worden.

* Unter dem Verdacht, Erzberger ermordet zu haben, wurde in Tübingen ein Student verhaftet. Es wurden ihm zwei Schußwaffen abgenommen.

* Professor Dr. Martin Spahn ist aus der Zentrumspartei ausgeschlossen und in die Deutschnationalen Partei eingetreten.

* Auf dem Deutschnationalen Parteitag wurde eine Entschließung gegen die Zeitungsverbote angenommen.

* Bei einer Kundgebung in Speyer drang eine Anzahl Demonstranten in das Regierungsgebäude und warf die dort befindlichen Monarchenbilder und Büsten aus den Fenstern auf die Straße.

* In Paris wird mit der Möglichkeit einer Kabinettskrise gerechnet.

Neutrale Untersuchung.

Der gute Wille zur Unparteilichkeit ist da. Das läßt sich schon nach der ersten Entscheidung, zu welcher der Völkerbund in der obersteilischen Frage gelangt ist, mit Befriedigung feststellen. Er hat zunächst die an der Behandlung der Frage bisher beteiligten Staaten, soweit sie in seiner Mitte vertreten sind, ausgeschaltet und eine Art neutrale Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem die Vertreter von Belgien, China, Brasilien und Japan angehören und von ihnen eine Vorprüfung des Streitfalles vornehmen zu lassen. Ausgeschlossen sind also England, Frankreich, Italien und Spanien, das letztere, obwohl es mit der obersteilischen Angelegenheit bis jetzt nur in ganz oberflächlicher Weise befaßt gewesen ist.

Der Völkerbundrat hat diesen Beschluß gefaßt, und zwar einstimmig, jedoch, wie er sagt, in voller Unabhängigkeit ein Urteil über die ihm unterbreitete Frage bilden zu können. Der Untersuchungsausschuss soll ihre verschiedenen Seiten studieren, und zwar ebenso wie nach den vom Obersten Rat übermittelten Dokumenten wie nach jeder anderen Informationsquelle. Er hat das Recht, alle Ansichten einzuholen, die er für nützlich hält, und soweit notwendig, technische Sachverständige heranzuziehen. Auch von diesen wird gewünscht, daß sie möglichst an den bisherigen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben, während empfohlen wird, sie aus der Reihe derjenigen Personen zu entnehmen, die bereits an den technischen Arbeiten des Völkerbundes beteiligt waren. Einwohner des fraglichen Gebietes, und zwar sowohl deutsche wie polnische, sollen zum Zweck der Auskunft über lokale Fragen, die den Mitgliedern notwendig erscheinen könnten, vernommen werden, und der technische Ausschuss des Völkerbundssekretariats wird der Kommission zu allen Diensten zur Verfügung gestellt. Im übrigen wird ihr keinerlei bestimmtes Verfahren für ihre Arbeiten vorgeschrieben, sie soll vielmehr dabei völlig frei sein. Soweit sie ihren Bericht erstattet hat, wird der Völkerbundrat die weitere Behandlung der Frage sofort wieder aufnehmen. Darüber hinaus aber behält er sich das Recht vor, in jedem Augenblick zusammenzutreten, um die Ergebnisse der im Gange befindlichen Untersuchung zu prüfen.

Dieser letzte Vorbehalt scheint auf den Vertreter Frankreichs, Herrn Bourgeois, zurückzugehen, der wohl für alle Fälle die Möglichkeit behaltend wollte, einzugreifen, wenn ihm die Dinge im Untersuchungsausschuss einen für Frankreich unerwünschten Verlauf zu nehmen drohten. Der Gedanke selbst, zunächst einmal einen möglichst unbeteiligten Ausschuss mit der obersteilischen Frage zu beauftragen, dürfte vom englischen Vertreter im Völkerbundrat, Herrn Valfour, ausgegangen sein, der ausdrücklich erklärte, daß es vor allem darauf ankomme, das streitige Problem nicht nur mit Gründlichkeit, sondern auch in voller Gerechtigkeit zu prüfen. Nicht darum handelte es sich, den leicht verständlichen, aber jedenfalls sehr bedauerlichen Streit des Obersten Rates hier fortzuführen, der Völkerbundrat werde bei der Entscheidung seine völlige Unabhängigkeit wie auch seinen festen Willen zur Unparteilichkeit zu beweisen haben. — Dieser Geist könnte überhaupt nirgends mehr bestehen, wenn wir ihn nicht hätten, aber ich glaube, daß wir ihn haben. — Nach ganz kurzem Zusammensein ging dann der Völkerbundrat wieder auseinander, der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeiten in Eile weiterzuführen, und man hofft, daß er spätestens Ende September mit ihnen fertig werden wird.

Nun muß es jeden Deutschen, und namentlich jeden Obersteiler, gewiß sehr sonderbar anmuten, daß ausgerechnet ein Brasilianer, ein Chinese und ein Japaner neben einem Belgier zur Prüfung der obersteilischen Frage auserwählt worden sind. Ein Europäer unter vier Mitgliedern! Man mag die Bildung der beteiligten Herren, ihre Vertrautheit mit europäischen Verhältnissen und ihren Einblick in die deutsch-polnischen Gegensätze noch so hoch einschätzen, daß gerade sie dazu berufen sein sollen, die endgültige Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen fest-

stellen, in einem Landstrich überdies, der die allerhöchsten, ethnographischen, wirtschaftlichen, sprachlichen und nationalen Mischungen darbietet, das hätten sie sich gewiß selbst niemals träumen lassen. Unzweifelhaft liegt die Gefahr vor, daß hier aus Unkenntnis der Dinge Fehlgriffe begangen werden, wie sie andernwärts vielleicht aus bösem Willen oder sogar aus politischen Machtgelüsten heraus zu befürchten waren. Immerhin, die Möglichkeit ist dem Untersuchungsausschuss gegeben, sich ein zutreffendes Bild von den wahren Zuständen in Oberschlesien zu gestalten, und man kann nur hoffen, daß er kein Mittel unbemüht lassen wird, das ihm dazu dienen könnte. Hier kommt es nicht nur auf die Richtigkeit, sondern ungleich mehr noch auf die Wichtigkeit der zu treffenden Entscheidung an.

Um die Ausnahmeverordnung.

Bayerns Widerspruch.

Die am 29. August erlassene Verordnung des Reichspräsidenten, wonach zum Schutze der staatlichen Ordnung die Versammlungs- und Pressefreiheit gewissen Beschränkungen unterworfen wird, hat in den wenigen Tagen ihrer Rechtsgründigkeit bereits erhebliche Aufregung verursacht. Nachdem auf Grund dieser Verordnung bereits eine Anzahl von Zeitungen verboten worden sind, unter denen sich auch einige bayrische befinden, und nachdem ferner erkannt wurde, daß man in Berlin nach der Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen und Mitteldeutschland nun auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern plant, hat in Bayern eine lebhaftere Gegenbewegung eingesetzt, da man dort die Schritte der Reichsregierung als Eingriffe in die bayrischen Sonderrechte ansieht. Der Unwille der Bayern kam zunächst in einer gemeinsamen Kundgebung der vier bayrischen Regierungsparteien zum Ausdruck. Darin wird gesagt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinielen, greifen so tief in das staatliche Eigenleben ein, daß sich aller derer, die in der Verteidigung des eigenstaatlichen Charakters der Länder die größte Gefahr für die deutsche Einheit erblicken, die größte Erregung bemächtigt hat. Ohne jeden vorhergehenden Gedankenaustausch mit der bayrischen Regierung hat die Reichsregierung Entscheidungen getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreifen. Gegen diese Methode legen wir entschieden Verwahrung ein.

Im Reichsrat

wurde ebenfalls über die neue Verordnung verhandelt. Auch dort erhob der Vertreter Bayerns scharfen Protest gegen die Verordnung und besonders gegen die Art ihrer Handhabung. Der bayrische Gesandte gab dem Bundesrat und der Überwachungsbehörde, daß die Verordnung ohne jede Rücksichtnahme mit den hauptbeteiligten Landesregierungen erlassen worden sei. Die durch die Verordnung erfolgte Ausschaltung sei eine Maßnahme, die schwerste Bedenken der bayrischen Regierung erwecke. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung beim Vollzug der Verordnung mit den Landesregierungen in Fühlung trete und nicht, wie das bisher geschehen sei, ohne vorherige Fühlungnahme Zeitungsverbote von Berlin aus erlasse. — Freiherr von Gahl stellte namens der Mehrheit der Vertreter der preussischen Provinzialverwaltungen die Frage an die Reichsregierung, ob sie die Verordnung auch gegen das staatsgefährliche Treiben der äußersten Linken anwenden wolle.

Reichsminister Dr. Gradnauer erklärte, er könne sich nicht erinnern, daß in den zahlreichen früheren Fällen, in denen ähnliche Verordnungen erlassen wurden, mit allen Landesregierungen vorher Fühlung genommen worden sei. Es habe keinerlei Absicht vorgelegen, die Landesregierungen zu umgehen. In keinem früheren Falle sei irgendwie davon die Rede gewesen, daß diese Verordnungen etwa nur gegen links und auch nicht gegen rechts gerichtet werden sollten, sondern sie sind allgemein gegen diejenigen gerichtet, die gegen die Verordnungen handeln. Die Verordnung richte sich nicht gegen Parteien, sondern gegen alle Elemente, die in der Weise sich verhalten, daß dadurch der öffentliche Frieden schwer gefährdet würde.

Die Presseverbote

haben besonders großen Anlaß zu Beschwerden gegeben. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es sich bei diesen Verböten, die bekanntlich nicht wegen einzelner bedenklicher Äußerungen der betroffenen Blätter, wie es sonst üblich ist, sondern wegen ihrer ganzen Haltung und Gesinnung unterdrückt werden, nicht um Strafmaßnahmen, sondern um Verwaltungsmaßnahmen zur Sicherung der Ruhe handle. Solche können auch mit rückwirkender Kraft ergriffen werden, während Strafen auf Grund früherer, vor dem Erlass der Verordnung begangener Verstöße nach den Bestimmungen des Artikels 116 der Verfassung allerdings nicht verhängt werden dürfen. In der Praxis kommt aber beides auf dasselbe heraus, die Blätter werden auf diese wie auf jene Art verboten. In den maßgebenden Organisationen der Presse hat bereits eine starke Protestbewegung gegen dieses rechtlich angreifbare und vor allem politisch höchst ungewöhnliche Mittel eingesetzt, besonders nachdem der Berliner Lokalanzeiger und der Tag nur deshalb verboten wurden, weil sie aus dem verbotenen Wiesbader Anzeiger eine un-

glaublich verheerende Äußerung abgedruckt hatten, ebenso wie es die nicht verbotene Freiheit getan hat, alle natürlich, ohne irgendwie dem Wiesbader Blatte zuzustimmen. Diese Übereilung der Regierung wird übrigens schleunigst rückgängig gemacht werden, wie überhaupt die Methode, Blätter wegen ihrer Allgemeinenrichtung zu verbieten, so rasch als möglich wieder durch das normale Verfahren abgelöst werden muß, daß man den einzelnen Sänder wegen seiner Übertretung im Einzelfalle durch den Staatsanwalt beim Krage nehmen läßt.

Die Stellungnahme des Reichskanzlers.

Die ganze Angelegenheit kam dann aus Anlaß eines Antrages betreffend die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern auch noch im Ausschusse des Reichstages, dem sogenannten Überwachungsaußenrat, ausführlich zur Debatte. Der Ausschuss war zu diesem Zweck besonders einberufen worden. An der Sitzung nahmen fünfzehn Mitglieder des Ausschusses teil, vertreten waren alle Reichstagsparteien bis auf die Deutschnationalen, die fernblieben. Die Regierung war vertreten durch den Reichskanzler Dr. Wirth, durch den Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, und den Reichsjustizminister Dr. Schäffer. Ferner war der bayrische Gesandte in Berlin, von Preger, anwesend. Die Aussprache nahm einen ziemlich erregten Verlauf, die Gegensätze sprachen scharf aufeinander. Für die Unabhängigen führte Abg. Dittmann das Wort, der sehr scharf gegen die Reaktion und gegen das Rahr-System in Bayern sprach. Der bayrische Gesandte v. Preger vertrat auch hier nochmals den Standpunkt der bayrischen Regierung. Ein Eingriff in die Polizeihohheit, wie er durch das Verbot von bayrischen Zeitungen geschehen ist, stelle für das selbstbestimmte bayrische Volk eine schwere Belastung dar. Die Bayern seien gewohnt, von München aus und nicht von Berlin aus regiert zu werden. Er warne davor, den Vogen zu überflennen. Es wäre der Gipfelpunkt der Torheit, den Versuch zu machen, den Ausnahmezustand in Bayern gegen den Willen der bayrischen Regierung aufzuheben.

Der Reichskanzler, der soeben von der Reise zurückgekehrt war und noch frisch unter dem Eindruck des Begräbnisses seines Parteifreundes Erzberger stand, erwiderte dem Gesandten ziemlich scharf, und betonte, daß die Maßnahmen der Regierung vor allem auch unter Berücksichtigung außenpolitischer Gesichtspunkte getroffen würden. Er kündigte jedoch an, daß die Reichsregierung keineswegs die Absicht habe, von vornherein durch eine Verordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu dekretieren. Die Reichsregierung werde in mündliche Besprechungen mit der bayrischen Regierung eintreten, und er hoffe, daß es auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen

gelingen werde, mit der bayrischen Regierung ein Einvernehmen zu erzielen und sie zur Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen. In sehr nachdrücklicher Weise betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen das reaktionäre Treiben. Es sei bedenklich, das Bürgerium gegen das Proletariat und umgekehrt auszuspielen. Und er machte keinen Hehl daraus, daß er, wenn das Schlagwort: „Die Bürgerium, die Proletariat!“ lauten sollte und in das „Bürgerium“ auch die Feinde der Verfassung und der gegenwärtigen Staatsordnung inbegriffen sein wollten, es vorziehen würde, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen.

In der anschließenden Debatte gab der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Kahl, die wichtige Erklärung ab, daß die Deutsche Volkspartei, die sich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung stelle, auch bereit sei, sie zu schützen und jede Sache gegen diese Verfassung — sei es von rechts oder von links — bekämpfe. Andererseits sei die Deutsche Volkspartei auch gegen jede Ausnahmeverordnung, die sich einseitig gegen eine Partei richtet. — Die bürgerlichen Parteien, nämlich Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten haben gegen den der Beratung zugrunde liegenden Antrag der Unabhängigen, wonach die Reichsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern sorgen solle, einen gemeinsamen Gegenantrag

eingebraucht, der dahin lautet: „Die Reichsregierung werde ersucht, die Verhandlungen mit der bayrischen Regierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern fortzusetzen und dem Reichstage baldigst Bericht zu erstatten.“

Zur Abstimmung über die beiden Anträge kam es in dieser Sitzung nicht mehr. Sie wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Deutschnationaler Parteitag.

München, 2. September.

Die Session des Eröffnungstages brachten erst die Abendstunden. Nach der Rede des Parteivorsitzenden Bergt und dem Bericht Dr. Hilberts über die Tätigkeit der Partei, der mit den Worten schloß: „Wir rufen zwar laut: „Los von Berlin!“, damit meinen wir aber mehr den Geist, der in Berlin herrscht, nicht „Los vom Reich!“ Wir meinen das Berlin Scheidemanns, der Scheibergentzale, die Talmipreuzen, nicht den alten Preußengeist eines Großen Kurfürsten und Bismarck. Glaubt Berlin aber, die Lage überspannen zu können, so wird einmal der Moment kommen, wo wir sagen: Bis hierher und nicht weiter! Dann muß der Reichsgebirge dort zentralisiert werden, wo er am sichersten abstrahlt ist.“ Darauf